

NSDAP. und Zentrum

Eine scharfe Erklärung Hitlers.

München, 1. Dezember.

Unter der Ueberschrift „Hitler und Zentrum“ befaßt sich im „Völkischen Beobachter“ Adolf Hitler mit den Behauptungen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Verhandlungen mit dem Zentrum stehe zum Zwecke des Eintritts der NSDAP. in die Reichsregierung. Hitler erklärt, alle diese Meldungen seien von Anfang bis zu Ende frei erfunden, und zwar zu dem Zwecke, die nationalsozialistische Bewegung vor allem in den Augen der deutschnationalen Wählerschaft wenn irgend möglich zu diskreditieren.

Er möchte sich sowohl die Behauptungen, als auch die Beforgnisse dieser Herrschaften ein für allemal verbitten. Wenn in Deutschland das heutige System gestürzt werde, dann werde die Kraft, die diesen Sturz herbeiführe, nicht die Deutschnationalen Partei oder ihre Presse gewesen sein, sondern ausschließlich der Nationalsozialismus.

Erfolge der Nationalsozialisten bei den Thüringischen Landwirtschaftskammerwahlen

Weimar. Am Sonntag wurden in Thüringen die Wahlen zu den Kreislandwirtschaftskammern durchgeführt. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen ziemlich rege, wenn es auch in einzelnen Bezirken erhebliche Unterschiede gab. Im Landkreis Gera erhielten bei einer Wahlbeteiligung von achtzig Prozent der Landbau 2464 Stimmen und sechs Sitze, die Nationalsozialisten 1040 Stimmen und zwei Sitze, im Landkreis Rudolstadt die Landwirtschaftlichen Verbände 1102 Stimmen (vier Sitze, bisher fünf), die Nationalsozialisten 529 Stimmen (ein Sitz); die Wahlbeteiligung betrug 63 Prozent. Im Landkreis Schleiz erhielten die Vereinigten Landwirtschaftlichen Verbände 1734 Stimmen (vier Sitze), die Nationalsozialisten 758 Stimmen (zwei Sitze), im Landkreis Altenburg der Landbau 669 und die Nationalsozialisten 877 Stimmen. Im Wahlkreis Saalfeld war nur der Wahlvorschlag der landwirtschaftlichen Verbände zugelassen. Der Wahlvorschlag der Nationalsozialisten war wegen einiger Mängel zurückgewiesen worden, doch ist gegen diese Entscheidung Beschwerde beim Ministerium eingeleitet worden.

Folgenreicher Zusammenstoß

In Eickenberg bei Schönebeck an der Elbe fanden gleichzeitig eine nationalsozialistische Versammlung und eine geschlossene Vorführung des Films „Im Westen nichts Neues“ vor der SPD statt. Schon auf dem Wege dorthin wollten Anhänger beider Parteirichtungen belästigt und angegriffen worden sein. In der Nacht kam es in der Nähe des nationalsozialistischen Versammlungsorts zu schweren Ausschreitungen. Nationalsozialisten sollen mit Bierflaschen geschlagen worden sein. Auch Messer dienten als Waffen. Der Amtsvorsteher gab, als er von einer Uebermacht bedrängt wurde, vier Schüsse ab. Als Opfer der Ausschreitungen blieben drei Schwerverletzte und 11 Leichtverletzte auf dem Platz. Zwei von ihnen mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Wohnung eines Nationalsozialisten beschossen

In der Nacht gegen 4 Uhr morgens wurde auf die Wohnung eines in der Nationalsozialistischen Partei führenden tätigen Möbelhändlers in Bremen ein Feuerüberfall verübt. Bisher noch nicht ermittelte Täter gaben auf die Fenster des Hauses neun Schüsse aus einem Jagdgewehr ab. Die Fenster wurden zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

Der „Angriff“ erneut verboten

Der nationalsozialistische „Angriff“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten wegen eines Artikels des Reichstagsabgeordneten Goebbels bis zum 7. Dezember verboten worden.

Warum Devisenschwund trotz aktiver Handelsbilanz?

Eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten.

Berlin. Reichsbankpräsident Dr. Luther gab dem Berliner Vertreter der „Associated Press“ ein Interview. Er sagte dabei u. a.: Das sog. Stillhalteabkommen enthalte so viele Lücken, daß sich daraus die unangenehme Entwicklung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank zum größten Teil erkläre. In der Zeit vom 1. September bis 15. November entsfielen von 1,92 Milliarden Mark Devisenabgaben der Reichsbank nur 900 Millionen auf den Warenverkehr, dagegen 1,02 Milliarden auf den Kapitalverkehr. Von letzterem sei 720 Millionen Kreditrückzahlung. Ohne diese Kreditrückzahlungen hätte die Reichsbank statt eines Devisenverlustes von 510 Millionen einen Zugang von 210 Millionen ausweisen können. Hieraus ergäbe sich Deutschlands guter Wille zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten, der jedoch allein das Problem nicht lösen könne. Wenn, was an sich ganz unmöglich sei, in der genannten Zeitspanne der Außenhandelsüberschuß in voller Höhe sich in Deviseneingang umgewandelt hätte, selbst dann hätten noch 100 Millionen gefehlt, um die Zahlungen aus dem Kapitalverkehr in Höhe von 1,02 Milliarden zu decken. Allein noch so günstiger Deviseneingang könnte also auf die Dauer Kreditrückzahlungen in bisherigem Tempo ermöglichen. Die Annahme, daß ein Außenhandelsüberschuß sich sofort in Devisenanzahl verwandele, sei selbstverständlich ganz unzulässig, denn zwischen dem Grenzübertritt der Ware und dem Hereinkommen des Ausfuhrerlöses vergangen mehrere Monate. Deutschland sei dem Ziel einer vollen Devisenerfassung recht nahe gekommen. Die Lösung des Problems aber liege nicht hier. Vielmehr spiegelte sich in den hohen Kreditrückzahlungen, die die Ursache der dauernden Devisenverluste seien, die politische Gesamtentwicklung und die weltwirtschaftliche Lage, die noch immer — wenn auch jetzt in begrenztem Umfange — jenen Ämtern der Gläubiger auf Deutschland sich fortsetzen läßt, der Anfang Juni begonnen habe. Eine Lösung, die wirklich helfe, zu finden, sollte um so eher möglich sein, als Deutschland seit vorigem Herbst annähernd 5 Milliarden Mark an das Ausland zurückgezahlt habe.

Die Klagen der Kriegsbefähigten und

Kriegerhinterbliebenen vor dem Ausschuß.

Berlin. In einer Sitzung des Kriegsbefähigtenausschusses des Reichstages wurde auch die durch die letzten Notverordnungen geschaffene Rechtslage der Kriegsbefähigten erörtert. Es kam dabei zum Ausdruck, daß die Kriegerwitwen, Eltern und Waisen nicht nur durch die Notverordnungen, sondern noch mehr durch die neuen Bestimmungen über die Zusatzrenten und durch die Einschränkungen der Rente-Bezüge bei der Elternbeihilfe, der Witwen- und Waisen- sowie der Erziehungsbeihilfe vielfach in Not geraten seien. Ferner wurde darüber geklagt, daß die ursprünglich völlig gebührenfreie Versorgungsbekämpfung zu ungunsten der Befähigten belastet worden sei. Beschlüsse wird der Ausschuß erst Mittwoch fassen.

Sieg der Vernunft oder Chaos

Italien und die Kriegsschulden- und Erbulfrage

Rom, 1. Dezember.

In einem Leitartikel über die Friedensmission Italiens und die schwere Gefahr, die die heutige Lage für Deutschland und ganz Europa bilde, weist „Popolo d'Italia“ auf die finanzielle Erschöpfung Deutschlands und die Depression des englischen Pfundes hin, die sich zwangsläufig jetzt auch auf Frankreich auswirken beginne. Wenn man in Italien, führt das Blatt aus, die furchtbare Lage des deutschen Volkes unterstreiche und die Aufhebung der durch den Krieg erzwungenen Bestimmungen verlange, so sei dabei niemand von Gefühlen gegen Frankreich geleitet.

Deutschland stehe an der Schwelle einer Tragödie, während vernünftigerweise niemand den Zusammenbruch des deutschen Volkes wünschen könne.

Wenn der Volkswismus seinen Weg bis zum Rhein finden sollte, dann werden auch viele in Frankreich zur Erkenntnis kommen, daß es besser gewesen wäre, den ehrlichen Kampf Brünings zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zu unterstützen, wenn man nicht gar nach Hitler als Befreier rufen werde. Das Blatt erinnert an die deutschen Leistungen während des Waffenstillstandes, die Materialablieferungen, die Gebietsabtretungen im Osten und Westen, den Verzicht auf sein großes Kolonialreich, und

beifiziert die deutschen Reparationsleistungen mit 40 Milliarden Goldmark.

Nach der Meinung englischer und amerikanischer Sachverständiger habe davon Frankreich allein 18 Milliarden Goldmark = 105 Milliarden Franken erhalten. Diese ungeheuerlichen Leistungen sind nach der Ansicht des „Popolo d'Italia“ Erklärung genug für die Erschöpfung der deutschen Hilfsquellen.

Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß Deutschland, da neue englische und amerikanische Anleihen voraussichtlich nicht mehr möglich seien, aus eigener Kraft keine Zahlungen unmöglich fortsetzen kann. Alles dringe darauf, unter das tragische Kriegsschuldenkonto den Schlusstrich zu ziehen. Die

gesamte Weltwirtschaft würde damit Atem zu neuem Leben schöpfen. Die Politik hartherziger Intransigenz gegen ein bis aufs äußerste geschwächtes Deutschland werde die bolschewistische Gefahr nur vergrößern.

Warschauer Geistesverwirrung.

„Washington Star“ teilt in einem von Frederic William Wile gezeichneten Copyright-Artikel mit, der Präsident des polnischen Zweiges des Paneuropa-Komitees, Alexander Lednicki, sei beauftragt worden, dem amerikanischen Publikum die folgende polnische These darzulegen:

Polen werde den Korridor nie aufgeben. Es sei aber bereit, mit Deutschland einen Nichtangriffspakt abzuschließen, wenn Deutschland Ostpreußen völlig entmilitarisieren würde. Ein bewaffnetes Ostpreußen, in dem der Stahlhelm so rührig sei und für dessen wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Verteidigungszwecke (? D. Red.) die Reichsregierung soeben eine Osthilfe in Höhe von einer Milliarde Mark bewilligt habe, bedeute eine beständige Bedrohung Polens; daher könne Polen nicht abräumen. Wenn Deutschland jedoch der Entmilitarisierung Ostpreußens zustimme und den polnischen Waren vollfreien Eintritt in Ostpreußen gewähren würde, so würde sich dieses jetzt verklümmerte Gebiet bald erholen. Schon rein geographisch betrachtet, läge Ostpreußen Warschau näher als Berlin und könne daher mit Polen besser Handel treiben als mit Deutschland.

Wile bemerkt zu diesem polnischen Vorschlag, er dürfte in Deutschland schwerlich Begeisterung auslösen, denn die Rückgabe des Korridors sei Deutschlands unänderliche Mindestforderung. Sowohl Laval wie Borah hätten in Washington die auch in manchen Regierungskreisen vorherrschende Ansicht ausgedrückt, daß der Korridor ein Pulverfaß sei, und daß ohne Lösung dieser Frage es in Europa keinen Frieden geben könne. Wenn Lednicki trotzdem hoffe, mit seinem Vorschlag Eindruck zu machen, so weil das amerikanische Volk für Abrüstung sei und daher jeden Entmilitarisierungsplan beifällig aufnehme.

Konful Wagnus †

Der frühere deutsche Konful Wilhelm Wagnus ist im Alter von 51 Jahren gestorben.

Wagnus hat sich während des Krieges in Südpersien außerordentlich ausgezeichnet. Er war 1915 mit der Afghani-Expedition nach Persien gegangen, wurde aber mit einigen Herren nach Südpersien abgezweigt, um die südpersischen Häfen für einen etwaigen englischen Vormarsch nach Norden zu sperren. Obgleich Wagnus seine Aufgabe ohne Waffen und Geld übernommen hatte, gelang es ihm dank seiner Sprachkenntnisse und seiner besonderen Fähigkeiten, die wilden südpersischen Bergstämme zur Gefolgschaft zu verpflichten. So konnte er sich trotz größter Entbehrungen und unablässiger Verfolgung durch die Engländer während voller 3½ Jahre gegen eine vielfache Uebermacht in Südpersien halten. Auf den englischen Generalstabstarben, die während des Krieges Verwendung fanden, stand auf Südpersien nur ein Name: Wagnus. Die außerordentliche Leistung dieses Deutschen und seine ritterliche Kampfesweise haben die volle Anerkennung der Engländer gefunden; sie haben ihn als ihren größten Gegner in Persien gefeiert. 1918 geriet Wagnus in englische Gefangenschaft, aus der er erst 1919 nach Deutschland zurückkehrte.

Nach vorübergehender Betätigung schied er 1923 auf seinen Wunsch aus dem Auswärtigen Amt aus und kehrte nach Persien zurück, wo er einen landwirtschaftlichen Betrieb im Süden des Landes einrichtete.

Sir Austen Chamberlain interessiert sich für Hochverratsurteile in Deutschland.

London. Im Unterhaus brachte Sir Austen Chamberlain die jüngsten Hochverratsurteile in Deutschland zur Sprache. Er fragte den Außenminister, ob er in Anbetracht der Rückwirkungen der jüngsten staatsanwaltlichen Vorgehen auf die Frage der Abrüstung und der Ausgabeberechnung für die Missionen dem Unterhaus irgendwelche Angaben über die Gründe machen könnte, die zu der Verurteilung eines Ausländers durch das Gericht in Breslau wegen Hochverrats geführt habe, und zwar anlässlich einer Teilnahme an einer Versammlung des Stahlhelms — einer Körperschaft, die von der deutschen Regierung als eine private Organisation ohne militärische Ziele bezeichnet wurde. Ferner fragte Sir Austen Chamberlain, ob der Außenminister die Umstände erläutern könne, unter denen ein deutscher Redakteur und Mitarbeiter von dem obersten Gerichtshof in Leipzig wegen Preisgabe von militärischen Geheimnissen in einem Artikel über den Staatshaushalt des Reiches verurteilt worden sei. Sir John Simon antwortete, daß er den englischen Geschäftsträger in Berlin erucht habe, über diese Dinge zu berichten. Er werde das Ergebnis dem ehrenwerten Mitglied des Unterhauses dann mitteilen.

Der Budapestter Plünderungsplan

Ein Gemisch von Politik und Verbrechen.

Budapest, 1. Dezember.

Die polizeilichen Ermittlungen fördern immer mehr Einzelheiten zu Tage, die beweisen, daß es sich bei dem Unternehmen einer Reihe früherer Exzedenten um einen Plünderungszug gehandelt hat. Das geht u. a. daraus hervor, daß in den Kartenstücken, nach denen gegen Privatpersonen, Büros und Banken vorgegangen werden sollte, genau die Plätze eingezeichnet sind, an denen sich die Kassen befinden.

Der Innenminister Keresztes-Fischer erklärte, Desperados hätten versucht, die öffentliche Ordnung und Ruhe zu stören, wobei sie offenbar materielle Ziele verfolgten. Der Polizei sei es jedoch gelungen, das Verbrechen im Keime zu ersticken. Unter den etwa 40 Verhafteten befände sich nur eine militärische Persönlichkeit, Oberleutnant Bonnay. Die Verhafteten seien alleamt unbedeutende Personen. Der Kreis der Untersuchung scheine ziemlich geschlossen zu sein. Im Landesauschuß sagte der Minister, politische Bedeutung könne dem Versuch glücklicherweise nicht zugeschrieben werden.

Der Plünderungsplan stellt sich als ein besonderes Gemisch von Politik und Verbrechen dar. Tatsache ist, daß die Verhafteten habsburgfeindlich eingestellt sind. Es scheint, daß die Polizei den Leiter der Bewegung in der Person des früheren Sekretärs Görgeys, Stefan Theodorowitsch, festgenommen hat.

Der mandchurische Konflikt

Chinas Forderungen in Paris abgelehnt.

Paris, 1. Dezember.

Der Völkerbundsrat berät immer noch über den chinesisch-japanischen Streit. Die augenblicklichen Schwierigkeiten liegen besonders in der chinesischen Forderung, für den Beginn und für die Beendigung der Truppenrückziehung einen Zeitpunkt zu bestimmen. Hiergegen wenden sich Japan, Amerika, Frankreich, England und Italien. Die chinesische Regierung verlangt außerdem die Einsetzung eines Ausschusses, der die Zurückziehung der japanischen Truppen beobachten soll. Von diesen Forderungen macht China die Zustimmung für die Entsendung des Studienauschusses abhängig. Sie sind inzwischen vom Redaktionsauschuß einstimmig zurückgewiesen worden. Chinas Vertreter wurde aufgefordert, neue Weisungen einzuholen.

Lage in Tientsin noch kritisch

In Tientsin ist die Lage noch sehr kritisch. Sowohl die chinesischen als auch die japanischen Truppen sind verstärkt worden, die Schießerei in der Stadt dauert an. Das Geschäftsleben liegt fast völlig still. Das japanische Oberkommando hat den chinesischen Behörden erklärt, daß es den chinesischen Stadteitel werde befehlen müssen, wenn die Behörden nicht die Polizei entwaffnen.

Man will energisch werden

Paris, 1. Dezember.

Wie aus Völkerbundskreisen verlautet, sind die Ratsmitglieder nicht gewillt, die von Japan gestellten Forderungen anzuerkennen, daß Japan in der zu räumenden neutralen Zone ein ausdrückliches Recht auf Polizeimaßnahmen zuerkannt wird.

Ueberhaupt werden die neuen Instruktionen, die der japanischen Delegation aus Tokio zugegangen sind, als ein gewisser Rückschritt angesehen. Voraussichtlich dürfte sich der Völkerbundrat dadurch veranlaßt sehen, nimmehr entschiedener aufzutreten.

Der japanische Generalstabchef in Charbin.

Die ostchinesische Bahn in japanischer Verwaltung. Mostau. Wie aus Charbin gemeldet wird, ist dort der japanische Generalstabchef in Begleitung zahlreicher Offiziere eingetroffen. Die Japaner haben nimmehr die Verwaltung der ostchinesischen Bahn übernommen, so daß jetzt das gesamte mandchurische Eisenbahnnetz sich in japanischen Händen befindet, mit Ausnahme einer Strecke bei Huhai, die von Trippen General Mas befehlt ist. Es verlautet ferner, daß die Japaner in Charbin eine neue Regierung einsetzen wollen.

Kleiner Welt-Spiegel.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 131,9 gegenüber 133,1 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,9 v. S.

Bei einer Nachwahl zur französischen Kammer in La Reole für einen verstorbenen Abgeordneten, der der demokratisch-sozialen Allianz angehörte, wurde der radikale Kandidat Luzan mit 5496 Stimmen im zweiten Wahlgang gewählt.

Der Marine-Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, in Albo seien gegenwärtig für die finnische Kriegsmarine zwei Miniaturschlachtschiffe von je 4000 Tonnen im Bau, die trotz ihrer geringen Größe mit je vier 25-Zentimeter-Geschützen und acht 12-Zentimeter-Geschützen ausgerüstet werden sollen. Die Fertigstellung werde 1933 erfolgen.

Der Volkskommissarenrat der Sowjetunion bewilligte den Sowjetgütern unter der Bedingung, daß sie den Plan der Ablieferung ihrer Produktion an den Staat vollkommen erfüllen, den Verkauf der Ueberflüsse ihrer Produktion durch ein eigenes Kleinhandelsnetz.

Nach einer amtlichen Meldung aus Tokio, wurde dort wegen kommunistischer Propaganda eine Anzahl japanischer Studenten verhaftet. Außerdem hat die Polizei eine kommunistische Organisation aufgedeckt, die sich die Aufgabe gestellt hatte, Kundgebungen gegen die japanische Politik in der Mandchurei zu veranstalten. An Bord der Olympic find der Präsident der Chase National Bank, Albert Wiggan, der Präsident der B33, McCarrah, und der Finanzfachverständige Walter Stewart nach Europa abgereist.